

**Sehr geehrte Verantwortliche im Sinne des Presserechts,
sehr geehrter Herr Intendant, sehr geehrte Senderleitung,
sehr geehrte Redaktionsleitung, sehr geehrter Redakteur oder Redakteurin,**

hiermit fordere ich Sie auf, als Verantwortlicher Ihres Bereiches innerhalb des Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks (ÖRR) Ihren Pflichten aus dem Grundgesetz, Medienstaatsvertrag und weiteren verpflichtenden internationalen Verträgen nachzukommen und dafür zu sorgen, dass eine umfassende, gründliche und öffentliche Aufarbeitung der Vorkommnisse der zurückliegenden Jahre und der dadurch entstandenen Schäden auf der Grundlage der offiziellen Dokumente der Europäischen Union, WHO und der zahlreichen Studien unverzüglich durch den ÖRR zusammen mit der Bevölkerung stattfindet.

Der Rundfunkbeitrag sichert die Unabhängigkeit des gemeinnützigen Rundfunks. Das heißt, öffentlich-rechtliche Anstalten werden von der Bevölkerung finanziert und kontrolliert. Sie gehören somit der gesamten Gesellschaft. Daraus ergibt sich, dass der ÖRR verpflichtet ist, alle Tendenzen, die die Bevölkerung irgendwie schädigen, kritisch zu verfolgen, darüber die Bevölkerung sachlich und neutral aufzuklären.

Im April 2024 erschien nun das Manifest der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von ARD, ZDF und Deutschlandradio für einen neuen öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Deutschland, unter anderem berichtete die Wochenzeitung *Demokratischer Widerstand* davon. In diesem Manifest bestätigen die Mitarbeiter der ÖRR selbst, dass Stimmen systematisch ignoriert, lächerlich gemacht oder gar ausgegrenzt werden. Der freie gesellschaftliche Diskurs wird dadurch schmerzhaft beschnitten.

Am 25. April 2024 hat der Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach im Bundestag in seiner Rede bestätigt, dass die Gesellschaft mit ernsthaften Schädigungen zu tun hat: »Selbstverständlich tut es mir um jeden Menschen leid, der durch eine Impfung einen Schaden genommen hat – ob durch eine leichte Impfnebenwirkung oder eine schwere Impfnebenwirkung – oder im Einzelfall auch daran verstorben ist.« Noch im August 2021 hatte er auf *Twitter* von einer »nebenwirkungsfreien Impfung« gesprochen. Mit seiner neuen Stellungnahme gab der Bundesgesundheitsminister zu, dass die Impfstoffe ernsthafte Schäden verursacht haben. Doch schon im März 2021 lag die erste Liste der zahlreichen möglichen Nebenwirkungen vor, die an die WHO bis zum 27. März 2021 gemeldet worden waren (124 Seiten).

Um die vorhandene humanitäre Katastrophe zu begrenzen: Aktuelle Klagen liegen u.a. am Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag vor und die Staatsanwaltschaften in Deutschland und Österreich sind aufgefordert, die Ermittlungen gegen die Verantwortlichen unverzüglich einzuleiten und die weitere Verbreitung und Verabreichung des Pfizer-Impfstoffs und weiterer mit sofortiger Wirkung zu stoppen, Beklagt werden zahlreiche Vergehen, u.a. Verstöße gegen den Nürnberger Kodex, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Verbrechen des Völkermordes.

Da eine Aufarbeitung durch die Politik bis heute fehlt und die verantwortlichen Behörden und Institute keine umfassenden Studien und keine Zusammenfassung der Daten erstellt haben, ist jede öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt aufgefordert, in ihrem eigenen Sendegebiet breit angelegte Recherchen betreffend der Schäden durchzuführen und die Öffentlichkeit darüber zu informieren. Wenn eine gründliche öffentliche Aufarbeitung der Vorkommnisse der letzten Jahre durch den ÖRR nicht stattfinden oder der ÖRR das sogar ablehnen sollte, leistet der ÖRR nach Artikel 27 (1) StGB eindeutig Beihilfe zu strafbaren Handlungen. Artikel 27 (1) Strafgesetzbuch – Beihilfe: »Als Gehilfe wird bestraft, wer vorsätzlich einem anderen zu dessen vorsätzlich begangener rechtswidriger Tat Hilfe geleistet hat.« Der Bundesgerichtshof hat sich über ähnliche Fälle in aller Deutlichkeit geäußert. »Bedingter Tötungsvorsatz ist gegeben«, so kann man lesen, »wenn der Täter den Tod als mögliche, nicht ganz fernliegende Folge seines Handelns erkennt...«

**Ich bitte um Ihre Stellungnahme bis zum 5. Juni 2024. Ihre Antwort senden Sie bitte an
United For Freedom, Marianne Grimmenstein-Balas, HR Inspector, Postfach 17 01 03, 46030
Oberhausen, danke!**

Mit freundlichem Gruß,